

1. Um dem deutschen Volk die Ueberzeugung und den anderen Staaten die Kenntnis zu geben, daß die Wahrung der Ehre und Sicherheit des Deutschen Reiches von jezt ab wieder der eigenen Kraft der deutschen Nation anvertraut wird;

2. aber, um durch die Fixierung des Umfangs der deutschen Maßnahmen jene Behauptungen zu entkräften, die dem deutschen Volke das Streben nach einer militärischen Hegemonie-Stellung in Europa unterstehen wollen.

Was die deutsche Regierung als Wahrerin der Ehre und der Interessen der deutschen Nation wünscht, ist,

das Ausmaß jener Maßnahmen sicherzustellen, die nicht nur für die Erhaltung der Integrität des Deutschen Reiches, sondern auch für die internationale Respektierung und Bewertung Deutschlands als eines Mitglanzen des allgemeinen Friedens erforderlich sind.

Denn in dieser Stunde erneuert die deutsche Regierung vor dem deutschen Volke und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, aber die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen und insbesondere in der nationalen deutschen Aufrüstung kein Instrument kriegerischer Angriffe als vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.

Die deutsche Reichsregierung drückt dabei die zuverlässige Hoffnung aus, daß es dem damit wieder zu seiner Ehre zurückfindenden deutschen Volke in unabhängiger gleicher Berechtigung vergönnt sein möge, seinen Beitrag zu leisten zur Befriedung der Welt in einer freien und offenen Zusammenarbeit mit den anderen Nationen und ihren Regierungen.

Die Erklärung der Reichsregierung wurde mit demonstrativem, langandauerndem Beifall begrüßt.

Entscheidende Sitzung des Ministerrats

Berlin, 17. März. Der Führer hat Freitag nachmittags seinen Krankheitsurlaub unterbrochen und ist nach Berlin zurückgekehrt. Er hat im Verlaufe des Freitagabend noch eine Reihe von Herren aus dem Reichskabinett zu sich gebeten, um die internationale Lage zu besprechen. In Verfolg dieser Unterredungen ist für Samstag nachmittags 1 Uhr ein Ministerrat zusammenberufen worden. In diesem Ministerrat ist ein Aufruf und ein Gesetz beschlossen worden, das von weitesttragender Bedeutung ist.

Der Eindruck, den die Proklamation auf die Mitglieder des Reichskabinetts gemacht hat, als der Führer und Reichskanzler sie zur Kenntnis gab, war groß. Die Mitglieder des Kabinetts erhoben sich spontan von ihren Plätzen, und der Reichswehrgeneralloberst von Blomberg brachte ein dreifaches Heil auf den Führer aus, verbunden mit einem Gelöbniß der weiteren unverbrüchlichen Treue und Verbundenheit.

Die gleiche Begeisterung herrscht auch im deutschen Volke. Gleichzeitig mit der Betonung der Freude und der Glückseligkeit über die Wahrung der deutschen Sicherheit durch die nunmehr beschlossene Aufrüstung weiß das deutsche Volk sich eins mit seinem Führer in dem klaren Bekenntnis zum Frieden.

Mit der Proklamation und dem dazugehörigen Gesetz ist ein entscheidender Vorgang in der deutschen Geschichte erfolgt: nämlich die erste große Liquidationsmaßnahme des Versailler Diktates, durch die die weitestgehende Schande dieses Vertrages endgültig gelöst worden ist.

Der Führer empfing die Votschafter Frankreichs, Englands, Italiens und Polens

Berlin, 16. März. Der Führer und Reichskanzler hat Samstag nachmittags im Beisein des Reichsministers des Äußeren die Votschafter Frankreichs, Englands, Italiens und Polens empfangen, um ihnen den Entschluß der Reichsregierung, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, mitzuteilen.

Begeisterte Kundgebungen vor der Reichskanzlei

Berlin, 17. März. In den Abendstunden sammelte sich in der Wilhelmstraße vor der Reichskanzlei eine schnell anwachsende Menschenmenge, die patriotische Nieder sang und immer wieder in Heilrufe auf den Führer ausbrach. Neben den schon bekannten Zweizeiler erklang ein neuer, der lebhaftesten Beifall fand:

„Führer, Dank für Wehr und Rüstung,
Zeig Dich an der Kämpfer-Brüstung.“

Unterdessen hatte sich der Wilhelmplatz mit einer nach vielen Tausenden zählenden begeisterten Menge gefüllt. Als dann

Der Führer kurz nach 10 Uhr sich zusammen mit den Reichsministern Hess und Dr. Göttschall am Fenster zeigte, da kannte der Jubel keine Grenze mehr. Die Menschenmasse stutete bis über die Straße an die Reichskanzlei und sang in tiefer Ergriffenheit „Deutschland, Deutschland über alles“.

Bei der Heldengedenkfeier im Berliner Sportpalast verkündete Dr. Göttschall das Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht.

Als Dr. Göttschall geendet hatte, wurden spontan von allen Seiten Heilrufe auf den Führer ausgebracht. „Damit“, so schloß Dr. Göttschall, „sind die Toten des großen Krieges geehrt, und den Lebenden unseres Volkes ist wieder die Sicherheit unserer nationalen Zukunft gewährleistet. Im Zeichen dieser historischen Stunde verneigen wir uns vor der Größe unseres gemeinsamen Vaterlandes. Es lebe der Führer!“

Die Heilrufe der Massen, die erfüllt waren von der Größe dieser vaterländischen Stunde, gingen über in den Gesang der Nationalhymnen.

Deutschland dankt dem Führer

Triumphaler Empfang in München

München, 17. März. Alle Formationen der Partei und der angeschlossenen Gliederungen und Verbände waren am Sonntag nachmittags zum Empfang des Führers angetreten. Hunderttausende hatten die weiten Flächen um den Flugplatz Oberwiesenfeld schon Stunden vor der festgesetzten Ankunftszeit belagert und in den Hauptstraßen der Stadt, durch die der Führer seinen Weg nehmen sollte, standen in dichten Mauern die Volksgenossen. So wurde dem Führer in der Hauptstadt der Bewegung ein Empfang von triumphalem Ausmaß bereitet, wie ihn München noch niemals erlebt hat.

Um 16.45 Uhr kam die Maschine des Führers von Norden her in Sicht. Die gespannte Erwartung der Zehntausende löste sich und wie eine Flutwelle brandete die Begeisterung der Massen empor. Kurze Kommandos, und nun grüßten die Klänge des Badenweiser Marsches und Stürme der Begeisterung. Das Deutschlandlied erklang, als machtvollstes Bekenntnis der Zehntausende zu Deutschland und seinem Führer. Dann begrüßt Reichsstatthalter General Ritter von Epp den Führer in einer bewegten Ansprache, in der er dem Führer und Reichskanzler den Dank für seine geschichtliche Tat ausspricht. Der Führer dankt dem Reichsstatthalter in kurzer Ansprache für die Begrüßung und hebt dabei hervor, wie glücklich er sei, heute in München sein zu können.

Dann setzt sich die lange Reihe der Wagen in Fahrt, an der Spitze die Wagen des Führers und seiner Begleitung. Und nun hebt eine triumphale Fahrt an, wie sie auch die Hauptstadt der Bewegung noch niemals gesehen hat, ein Einzug, wie er selbst dem Führer und Reichskanzler in der Geburtsstadt seiner Bewegung noch nicht bereitet worden war.

Berliner Blätterstimmen

Berlin, 17. März. Uebereinstimmend wird in allen Artikeln mit Begeisterung und Genugtuung der Schritt des Führers zur Wiederherstellung der deutschen Ehre gefeiert.

Die „Kreuzzeitung“ sagt, schöner und würdiger können wir diesen Sonntag, der unseren gefallenen Soldaten gilt, nicht feiern. Der unbekannte Soldat des Krieges, der große Führer des deutschen Volkes hat uns die äußeren Voraussetzungen der nationalen Ehre wiedergegeben, nachdem er das deutsche Volk innerlich von der Novemberkatastrophe befreit und wieder ehrlich gemacht hatte.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, daß die Freude, die bei uns herrscht, nichts zu tun hat mit militaristischer Begeisterung. Sie ist die Genugtuung des anständigen Mannes, der sein Recht wiederhergestellt hat. Am Tage des Heldengedenktages paarte sich der Wehrwille mit dem Friedenswillen. Wir wollen keine Wiederholung der Katastrophe von 1914. Wir wollen die materielle und moralische Macht, eine solche Katastrophe gemeinsam mit den anderen zu verhindern.

Die „Germania“ spricht von einer „geschichtlichen Stunde“. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht sei ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur inneren und äußeren Konsolidierung des Reiches.

Unter der Ueberschrift „Die Wiederherstellung der deutschen Ehre“ schreibt Alfred Rosenberg im „Völkischen Beobachter“: In der Proklamation der Reichsregierung für die Einführung der allgemeinen deutschen Wehrpflicht ist alles gesagt, was Deutschland der Welt im Voraus auf alle kommenden Fragen und Kritiken zu antworten hat. Alles das, was an Unerschöpflich und Böswilligkeit angefaßt der Regierungspromklamation lebendig werden könnte, findet seine eiserne Wi-

derlegung in den angeführten geschichtlichen Tatsachen. Diese wirken unmerklich für sich auch als eine furchtbare Antwort auf die Versuche in der französischen Abgeordnetenkammer, nicht nur die Geschichte der letzten 15 Jahre, sondern auch die Geschichte der letzten 150 Jahre in das Gegenteil zu verkehren.

Auslandspreise und das deutsche Wehrgesetz

Berlin, 17. März. Die aus dem Ausland eingehenden Blätterstimmen bezeugen, daß die ganze Welt am Sonntag unter dem gewaltigen Eindruck der Wiedergewinnung der deutschen Wehrfreiheit steht. Will man das Gesamtbild, das die Stellungnahme der Auslandspreise ergibt, kurz zusammenfassen, so gelangt man zu der Feststellung, daß der deutsche Schritt wie ein seit langem erwartetes Geschehen, das in der allgemeinen politischen Lage Europas nichts ändert, aufgenommen wird.

Frankreichs Echo

Paris, 17. März. „Die Oessentlichkeit scheint“, so stellt Havas fest, „auf diesen Beschluß gefaßt gewesen zu sein. Das Publikum ist anscheinend durch die Maßnahmen Deutschlands nicht besonders beeindruckt. Auch in amtlichen Kreisen wird versichert, daß man die deutsche Erklärung nicht überraschend finde, weil man seit langem Bescheid gewußt habe. In der letzten Ministerratsitzung habe Außenminister Laval seinen Kollegen bereits höchst ausführliche Mitteilungen gemacht. Unter diesen Umständen wird in amtlichen Kreisen der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der Beschluß Deutschlands wenigstens den Vorteil habe, eine Frage zu klären, die in den letzten Jahren auf die europäische Atmosphäre gedrückt habe. Ministerpräsident Flandin und Außenminister Laval hätten schon am Samstag die Lage geprüft und in erster Linie die französischen Votschafter in London und Rom angewiesen, sich mit den dortigen Regierungen ins Benehmen zu setzen.“

Bemerkenswert ist der Verlauf einzelner Blätter, jetzt, nachdem es in den Jahren der deutschen Wehrlosigkeit nicht gelungen ist, eine Regelung über die Abrüstung und die bessere Gestaltung des Friedens herbeizuführen, den Eindruck zu erwecken, als ob das deutsche Wehrgesetz die Bemühungen um eine Neuordnung der Völkerverhältnisse beeinträchtigen könnte. In diesem Sinne spricht der Außenpolitiker des Journal „von einem Bruch des gegebenen Wortes“ (!) und von einer „unerhörten Gewalttat“ und erwartet, daß jetzt endlich die „durch die neue deutsche Drohung“ gebotenen Sicherheitsmaßnahmen beschlossen würden. Auch Petit Journal behauptet, „Europa sei vor eine höchst ernste Tatsache gestellt“. Auch sonst wird verschiedentlich die Auffassung vertreten, daß „die an der Erhaltung des Friedens interessierten Mächte „so schnell wie möglich über die zu ergreifenden Maßnahmen“ beraten müßten.“

Demgegenüber findet die in Regierungskreisen laut werdende Mahnung, nicht den Kopf zu verlieren, jedoch auch in vielen Pressebetrachtungen ihren Niederschlag.

Englands Echo

London, 17. März. Welch große Bedeutung der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland in der britischen Regierung beigegeben wird, geht schon aus der Tatsache hervor, daß, — wie kurz gemeldet — die Minister am Sonntagvormittag in Downingstreet zu einer Beratung zusammentraten, bei der sie aber beschlossen, die zunächst für Sonntag anberaumte Kabinetsitzung auf Montag zu versetzen. Nach der Aufmachung der Blätter zu schließen, hat das deutsche Wehrgesetz hier wie eine Bombe eingeschlagen. „Wehrpflicht in Deutschland“, „Hitler weiß den Versailler Vertrag zurück“, verkünden in riesigen Buchstaben die Sonderausgaben der Blätter.

Der Heldengedenktag

Staatsakt in der Staatsoper

Berlin, 17. März. Das Haus der Staatsoper war lange vor dem Beginn der Feierstunde zum Gedenken der Gefallenen bis auf den letzten Platz besetzt. In der Ehrenloge hatte das gesamte Reichskabinett und als Vertreter der alten Wehrmacht Generalfeldmarschall v. Madensen, der Chef des Stabes, der Reichsführer der SS, und die Leiter aller Parteigliederungen Platz genommen, während die linke Rangreihe vom diplomatischen Corps besetzt war. Die Teilnehmer der feierlichen Stunde erhoben sich von ihren Plätzen und grüßten schweigend mit erhöhter Rechten den Führer, der in Begleitung des Reichswehrrministers Generaloberst von Blomberg, des preussischen Ministerpräsidenten General Göring, des Chefs der Heeresleitung, General der Artillerie Freiherr von Fritsch und des Chef der Marineleitung Admiral Dr. h. c. Rueder das Haus betrat und zwischen dem Generalfeldmarschall von Madensen und dem

halte und versuchen werde, von dort aus nach Rußland zu fliehen.

Die Nachricht schlug unter den gewiegten Kriminalisten wie eine Bombe ein. Stimmt die Ermittlungen der italienischen Regierung, dann lag die Flucht nach der Schweiz sehr nahe.

*

Es war bereits Abend, als Dr. Lombroso mit seiner schweren Koffermaschine in Zürich landete. Welch eine herrliche Stadt. Hoch oben an den Bergen glänzten aus schmutzen Villen Lichter um Lichter. Es war ein Meer von funkelnden Kerzen, das seine Strahlenbündel hinabwarf bis zum Züricher See.

Einen Augenblick hielt ihn dieses Bild gefangen. Dann aber konzentrierte er seine Gedanken auf einen Punkt: unzerzähllich an die Arbeit.

Wo aber sollte er anfangen? Nach kurzem Besinnen entschloß er sich, noch in der Nacht die Ermittlungen aufzunehmen. Es war ihm als erfahrenen Kriminalisten bekannt, daß die schweizerische Bundespolizei eine ausgezeichnete Kontrolle über alle Ausländer unterhält; er wußte auch, daß es gewisse italienische Kreise in der Schweiz gab, die durchaus sonnetfreundlich waren. Es bestand also durchaus die Möglichkeit, den Flüchtling aufzufindern.

Kurz entschlossen fuhr er bei dem Chef der Züricher Bundespolizei vor und bat ihn, noch in der Nacht ihm bei der Ermittlung des Dr. Stradella behilflich zu sein.

Obwohl Robert Egli, der Chef der Züricher Polizei, um diese Stunde gewohnt war, seinen Tarock zu spielen, glaubte er es doch verantworten zu können, seine Freunde im Weinstübli bei Polliker aussitzen zu lassen. Die Schweizer Polizei achtete das Unrecht; aber hier handelte es sich um einen Verbrecher, der die Behörden Europas alarmiert hatte und der daher den Verurteilten überliefert werden mußte.

(Fortsetzung folgt).

Das Rätsel um Dr. Antonio Stradella

KRIMINALROMAN VON WILL WESTER

Rechtlich verboten

Dr. Stradella, der ihm über alles das hätte Auskunft geben können wiegte währenddessen sich in wunderbaren Träumen im Gasthause zu Bloeschi.

*

Es war schon so, wie der Herr Präsident Luigi Bortolo vermutete. Man war in der amerikanischen Votschaft höchst ungehalten darüber, daß es der venetianischen Polizei bislang nicht gelungen war, den vermutlichen Mörder der Frau Helen Swist zu fassen. Und diese Tatsache hatte zu einem Schritt des Votschafters beim Auswärtigen Amt der italienischen Regierung geführt. Die Folge davon war, daß der Duce höchstpersönlich eingriff und um Aufklärung des Falles ersuchte.

Was aber hatte es genutzt?

Die amerikanische Presse war um eine Sensation reicher: „Italien bedauert die Ermordung von Mistress Helen Swist. Ein erfolgreicher Schritt der amerikanischen Votschaft.“ So war zu lesen in Newyork-Times.

Jetzt fing die Geschichte in der Tat an, die Aufmerksamkeit von zwei Erdteilen auf sich zu ziehen, aber die Aufklärung des Falles wurde immer verwickelter.

Am 27. September morgens 19 Uhr 20 Minuten lief in Venedig ein Telegramm des Wiener Polizeipräsidenten ein, daß der vermeintliche Dr. Antonio Stradella am Abend zuvor dort verhaftet worden sei.

Kaum fünfzig Minuten später fortete Dr. Lombroso mit zwei Beamten der venetianischen Polizei zum Flughafen Wien.

Und der Erfolg?

Nichts als unnütze Reiterverwendung, denn es stellte

sich bei der Gegenüberstellung heraus, daß man es mit einem Rumänen zu tun hatte der in Wien für eine große Petroleumgesellschaft Geschäfte abgeschlossen hatte. Für die Wiener Polizei also eine höchst blamable Angelegenheit, die auch trotz des Belegtheitsgammels im „Wiener Journal“ nicht aus der Welt geschafft wurde.

„Dann gibt es nur eine Möglichkeit“, meinte Dr. Lombroso. „Dr. Stradella hält sich auf dem südöstlichen Teile Europas verborgen. Und mit höchster Wahrscheinlichkeit dort, wo es eine Fremdenpolizei nicht gibt: auf dem Balkan.“

Die Herren von der Wiener Polizei stimmten dieser Ansicht bei, weil auch sie diese Beobachtung bei Schwerverbrechern wiederholt gemacht hatten. Kein Gasthaus, kein Hotel und keine Polizei kümmert sich um ein Fremdenbuch in diesen Ländern. Nichts war also leichter, als hier unterzuschlüpfen, und sich vor den Verfolgungen der Polizei zu verbergen.

Mit all' diesen Erörterungen war aber nicht viel anzufangen. Auch die guten Ratsschläge des Wiener Polizeipräsidenten, einmal den besten österreichischen Spezialisten für Mordvergehen, den Dr. Stefan Gutdeutsch zu Rate zu ziehen, waren in diesem Augenblicke praktisch unvertbar, weil Dr. Lombroso erst die Erlaubnis seiner vorgesetzten Behörde hätte einholen müssen.

So wäre ihm denn nichts anderes übrig geblieben, als auf dem kürzesten Wege nach Venedig zurückzuziehen, wenn nicht wieder einmal — wie so oft bei schweren Kriminalfällen — neue Ereignisse dazwischen getreten wären.

Dr. Lombroso war gerade im Begriff, sich von dem Wiener Polizeipräsidenten zu verabschieden, als ihn ein dringendes chiffriertes Telegramm in der Wiener Neustadt erreichte. Mit Hilfe eines Schlüssels entzifferte er: er solle unverzüglich auf Kosten der italienischen Regierung nach Zürich fliegen, weil wichtige Anhaltspunkte für eine Flucht Dr. Stradellas nach der Schweiz vorlägen. Die italienische Regierung glaube Beweise in den Händen zu haben, daß Dr. Antonio Stradella zu sowjetfreundlichen Kreisen in der Schweiz Beziehungen unter-

Reichswehrminister Plath nahm Beethovens Trauermarsch aus der „Eroica“ eröffnete die Gedenkstunde.

Anschließend hielt der Reichswehrminister die Gedenkstunde für die Toten des Weltkrieges und für die in der deutschen Freiheitsbewegung Gefallenen.

Dann erkundete das Kommando: „Fahnen auf, Fahnen senk“. Die Musik intonierte das Lied von guten Kameraden, das ganze Haus erhob sich von den Plätzen und gedachte der Toten. Mit dem Deutschland- und Horst-Wessel-Lied schloß die Feierstunde.

Militärische Gedenkfeier im Lustgarten

Als der große Staatsakt seinen Anfang nahm, waren auch im Lustgarten die militärischen Formationen bereits aufmarschiert. Der in strahlendem Sonnenschein getauchte weite Platz vor dem Schloß zeigte ein prachtvolles militärisches Bild, wie es Deutschland seit 20 Jahren nicht mehr gesehen hat. Den Rahmen bildete eine nach vielen Tausenden zählende Zuschauermenge.

Nach der Ankunft des Führers und des Reichswehrministers marschierte die Fahnenkompanie, aus dem Schloßhofe kommend, in den Lustgarten ein. Feierliches Glöckengeläut ehrte die 81 ruhmreichen Fahnen und Standarten des alten stolzen Heeres. Der Präsidentenmarsch erklang, die Truppen präsentierten das Gewehr. Der Führer schickte sich an, die Front abzuschreiten. Zu seiner Rechten schritt der greise Feldmarschall und Herrsche der Heerführer Madenjen. Zur Linken der Reichswehrminister Generaloberst v. Blomberg. Dann nahm der Führer vor der Fahnenkompanie aufstellung Dampfer Trommelwirbel ertönte. Die Fahnen senkten sich. Schwer hallten die Schüsse der Salubatterie über den Platz.

Der Führer selbst, der Reichswehrminister, Generalfeldmarschall v. Madenjen, General Göring, General v. Frisch und Admiral Raeder, hielten das schwarz-weiß-rote Band des Frontkämpferabzeichens, das Ehrenkreuz des Weltkrieges mit Schwertern an die 81 Fahnen der alten Armee.

Der Vorbeimarsch am Ehrenmal

Von der Schloßterrasse her nahete sich der Oberbefehlshaber der Wehrmacht, dem zwei Offiziere einen gewaltigen Kranz mit großen Schleifen in den Farben des Reiches vorantragen, begleitet von den Repräsentanten der alten und der neuen Wehrmacht. Ihnen folgten das diplomatische Corps, die Reichsregierung, die Reichsleiter, die Heerführer und die Generale der Wehrmacht. Im Ehrenmal verweilt der Führer entblößten Hauptes einige Minuten in stillem Gedenken. Der Führer betrat dann ein kleines, mit Tannenzweigen geschmücktes Podium, zu seiner Rechten Generalfeldmarschall v. Madenjen, zu seiner Linken der Reichswehrminister, um den Vorbeimarsch abzunehmen.

Der englische Besuch

Verhandlungen auf dem Status der Gleichheit und Freiheit

Wenn der englische Außenminister Sir John Simon am 24. März in Berlin eintreffen wird, um am 25. und 26. März die in Aussicht genommenen Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung zu führen, so darf er sicher sein, nicht nur als ein willkommenen Gast begrüßt zu werden, sondern auch als ein Unterhändler, dessen Mission man in Berlin als genau so wichtig einschätzt wie in London. Das Programm, das Herr Simon als Ergebnis der letzten Kabinetsitzung für Berlin vorgenommen hat, wird in der „Times“ in einem sichtlich auf amtliche Inspiration zurückgehenden Artikel unter der Überschrift „Der Frieden in Europa“ bekannt gegeben. Diese Überschrift bezeichnet gewissermaßen das Rubrum, unter dem man in London die deutsch-englischen Verhandlungen sieht.

Sir John Simon, der von Herrn Eden begleitet sein wird, gedenkt die folgenden vier Hauptpunkte mit der deutschen Regierung zu erörtern:

1. Den vorgeschlagenen Luftpakt der Locarno-Mächte.
2. Den Ostpakt.
3. Die Möglichkeit eines Mitteleuropa-Paktes.
4. Die Rüstungskonvention.

Dieses Programm bringt keine Überraschungen, denn es zählt alles das auf, was auf Grund der römischen und der Locarno-Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien einerseits, Frankreich und England andererseits an Entwürfen für das große europäische Friedenssystem produziert worden ist. Bemerkenswert aber ist, daß der „Times“-Artikel fortfährt, die britischen Minister seien der Ansicht, daß diese vier Punkte gleichzeitig geprüft werden müßten; denn sie bildeten alle Teile eines logischen Ganzen. Sie betrachteten irgendwelche Vorschläge von Nichtangriffspakten zwischen zwei besonderen Völkern nicht als zweckmäßig, denn sie seien der Auffassung, daß das Friedensproblem Europas ein unteilbares Ganze bilde.

In Frankreich hat man diese Auslassung begrifflicher Weise sofort mit Genugtuung aufgenommen, indem man sie nun ganz im Sinne der besonderen politischen Ziele, die Paris verfolgt, kommentierte. Dabei muß man immer berücksichtigen, daß Paris bereits Bindungen Moskau gegenüber eingegangen ist und daß es nicht mehr die volle Handlungsfreiheit besitzt, die England für sich noch in Anspruch nehmen kann. Es bedeutet mindestens eine zurecht gemachte Auslegung der englischen Veröffentlichung, wenn „Havas“ beispielsweise schreibt, man habe guten Grund zu der Annahme, daß Simon und Eden beauftragt würden, dem Reichskanzler persönlich zur Kenntnis zu bringen, daß das Londoner Kabinett das Sicherheitsproblem im Westen wie im Osten Deutschlands als voneinander unlösbar betrachte. Jede Anregung, die Sicherheit in Osteuropa unabhängig von Frankreich zu organisieren, würde daher in London als nicht den Erfordernissen der Lage entsprechend angesehen werden. An dieser französischen, zweifellos als offiziell zu wertenden Äußerung, ist zunächst interessant, daß ganz im Sinne der üblichen französischen Dialektik, an die Stelle des in London gebrauchten Wortes „Frieden“ das Wort „Sicherheit“ tritt. Und Sicherheit im französischen Sinne bedeutet immer Konservierung des Status quo. Daß Deutschland in seinem oft genug betonten Willen zum Frieden keinen Unterschied zwischen Ost und West macht, ist selbstverständlich. Und um das festzustellen, würde es einer Reise der englischen Minister nach Berlin nicht bedürfen. Was zur Debatte steht, ist die Frage, mit welchen Mitteln dieser Frieden am besten zu bewahren und zu sichern ist.

Wenn man die englische Veröffentlichung genau liest, dann wird man trotz der Betonung, daß die einzelnen Verhandlungspunkte ein unteilbares Ganze bildeten, doch eine gewisse Differenzierung herausfühlen, die sich nicht nur aus der Reihenfolge ergibt, sondern auch aus der Formulierung im einzelnen. Im übrigen spricht nichts dafür, daß die englische Auffassung sich nach der Seite der technischen Mittel einer Friedenssicherung bereits auf die Pakte in der Form, wie sie von Frankreich vorgeschlagen worden sind, festgelegt habe. Havas vertritt deshalb lediglich die französische Ansicht, wenn sie schreibt, die Sicherheit sei nur

durch den gegenseitigen Beistand zu erreichen. Gerade die Frage, ob die Beistandspakte (Ostpakt, Mitteleuropapakt) wirklich das geeignete Mittel zur Sicherung des Friedens sind, wird Gegenstand der Berliner Aussprache sein müssen. Die Bedenken dagegen, daß in ihrem Geleite ein irgendwo aufliegender Funke wie an einer Zündschnur durch ganz Europa laufen und den Erdteil in Brand versetzen könnte, sind oft genug dargelegt worden, und man wird annehmen dürfen, daß die deutsche Auffassung, die ja auch anderwärts, beispielsweise vom polnischen Außenminister Bed, geteilt wird, den englischen Besuchern näher erläutert werden wird.

Aber auch sonst darf bezweifelt werden, daß die französische These, die nach Havas letzten Endes auf eine einfache Billigung der fertigen Paktvorschläge hinausläuft, von England geteilt wird. In der Unterhausdebatte über die Rüstungsvorlage und das Weißbuch hat Baldwin namens der englischen Regierung Ausführungen gemacht, die man doch nicht beiseite schieben darf. Er sprach vom „Status“ und der Rolle, die er im Leben jedes einzelnen Menschen und im Zusammenleben der Nationen spielt. „Status“ bedeutet etwa soviel wie „Zustand des gleichen Rechts“. Baldwin sagte, nicht Eitelkeit, sondern der Rangesstolz bewege den Einzelnen, auf seinem „Status“, also auf seiner Gleichberechtigung in der Gemeinschaft, zu bestehen, und er machte sich zum Fürsprecher einer Lösung der Rangfrage in diesem Sinne auch im Leben der Völker. Für große Völker, so sagte er, sei es eine Frage des Status, militärisch keinem anderen große Rolle nachzugeben, und er ließ diesen Ablass seiner Rede ausklingen in den Satz: „Der weiseste Staatsmann ist derjenige, der dieses Gefühl für vollkommene Freiheit und Gleichheit zwischen den Nationen anerkennt.“

Wir dürfen annehmen, daß die englischen Staatsmänner, die jetzt nach Berlin kommen, von diesem „Gefühl für vollkommene Freiheit und Gleichheit zwischen den Nationen“ beseelt sind und daß sie nicht die Absicht haben, ein fertiges Konzept auf den Verhandlungstisch zu legen, das nur angenommen oder abgelehnt werden könnte, sondern daß sie mit Deutschland auf dem gleichen Status verhandeln werden, mit dem sie die Verhandlungen mit Frankreich geführt haben. Unter diesem Gesichtspunkt darf man den bevorstehenden Besprechungen mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen.

Frankreich erhöht die Militärdienstzeit

Nachführung der Kammer — Vertrauensvotum für die Regierung

Paris, 16. März. Die Nachführung der Kammer begann mit einer fast einstündigen Rede des Kommunisten Thorez vor mehr oder weniger leeren Bänken. Der Saal füllte sich wieder während der Ausführungen des rechtsgerichteten ehemaligen Ministers Paul Reynaud, der vor allem über eine Reform der überholten Militärorganisation Frankreichs im Sinne der Aufstellung eines Berufsheeres sprach. Er vertrat den Standpunkt, daß Qualität wichtiger sei als Quantität. Ziemlich lebhaft wurde die Aussprache, als der Abg. Keibel von der Gruppe Tardieu gegen das Vorgehen der Regierung Stellung nahm. Er wandte sich dagegen, daß diese wichtige Frage nicht zum Gegenstand einer umfassenden Gesetzesvorlage gemacht worden sei und bezeichnete die Maßnahmen der Regierung als unzulänglich. Kriegsminister Marin verteidigte kurz die Haltung der Regierung und erklärte dabei u. a., daß er es im Sinne der Aufrichtigkeit für zweckmäßig gehalten habe, diejenigen Rekruten, deren Dienstzeit künftig verlängert werden würde, rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen.

Einen ziemlich scharfen Angriff ritt der ehemalige Kriegsminister und radikalsozialistische Abgeordnete Daladier gegen die von der Regierung getroffenen Maßnahmen. Dabadiet ist der Ansicht, daß man die Ruhe nicht verlieren und auch die Hoffnung nicht aufgeben dürfe, daß die internationalen Verhandlungen zu einem Ergebnis führen könnten. Wenn er in der Hinsicht auch mit der Regierung einer Auffassung sei, daß Frankreich inzwischen nicht geschwächt werden dürfe, so teile er doch nicht die Ansicht über die angewandten Methoden. Seit 1920 seien etwa 100 Milliarden für die französische Landesverteidigung ausgegeben worden. Ob sie richtig verwendet worden seien, bleibe dahingestellt. Dabadiet sprach sich für die Erhöhung der französischen Luftstreitkräfte und für den Ausgleich des Rekrutenausfalles von etwa 60 000 bis 70 000 Mann durch die Einstellung von Spezialisten aus, die den doppelten Wert hätten wie die gewöhnlichen Soldaten. Ferner wies er darauf hin, daß die römischen Abkommen Einsparungen bei der Effektivstärke an der französisch-italienischen Grenze ergeben müßten. Erst wenn erwiesen sei, daß diese Maßnahmen ausreichten, könne man eine Herauslösung der Dienstzeit vornehmen.

Vor der Abstimmung griff in der offensichtlichsten Absicht, den Eindruck der Ausführungen der verschiedenen Oppositionsredner abzuschwächen, Staatsminister ohne Portefeuille Herriot in die Aussprache ein, um den Standpunkt der Regierung zu vertreten. Wenn die Kammer wüßte, was er, Herriot wisse (1), was er aber ebenso wenig öffentlich darlegen könne wie den Mobilisierungsplan, dann würden alle Abgeordneten für die Maßnahmen der Regierung stimmen. Herriot betonte, daß er von seinem demokratischen, republikanischen und nationalen Bewußtsein geleitet werde, wenn er sich hinter die Regierungserklärung stelle.

Im Sinne des parlamentarischen Gleichgewichts sprach darauf der zweite Staatsminister ohne Portefeuille, Louis Marin, ebenfalls im Namen seiner Gruppe, für die Regierungserklärung. Darauf beschloß die Kammer, die allgemeine Aussprache abzuschließen. Franklin Bouillon ergriff noch das Wort, um seine Haltung bei der Abstimmung zu begründen. Eingangs betonte er, daß nach Ansicht seiner Freunde es einem Verbrechen gleichkäme, wenn man nicht sofort ein Gesetz über die zweijährige Dienstzeit verabschiedete. Dann bezeichnete er die Ueberraschung über die deutsche Aufrüstung und die zu einer Parade vorgeschlagenen Maßnahmen als scheinheilig.

Sämtliche Regierungen der letzten Jahre hätten gewünscht, daß Deutschland aufrüste, und doch habe niemand den Mut gehabt, etwas dagegen zu tun und Artikel 177 anzuwenden. Man habe also die Entwicklung Deutschlands verdient, weil man nicht habe klar sehen wollen.

Die Kammer mußte dann zwischen den verschiedenen vorgelegten Entscheidungsentwürfen wählen. Gegen den Antrag auf Priorität der sozialistischen Entscheidung stellte die Regierung die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 389 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

Durch diesen Erfolg gegen die Sozialisten stark gemacht, stellte Flardin darauf die zweite Vertrauensfrage gegen den Entscheidungsentwurf des rechtsstehenden Abgeordneten und Vorsitzenden des Heresauschusses, Fabry, der die sofortige Einbringung einer Gesetzesvorlage über die zweijährige Dienstzeit verlangte. Die Regierung erzielte 530 gegen 44 Stimmen. Schließlich wurde die Vertrauens-Tagesordnung des linksradikalen Abgeordneten Laurent-Eynac, die mit 354 gegen 210 Stimmen durchging, zur Abstimmung gestellt.

Pariser Presse zur Kammerausprache

Paris, 16. März. Die sozialistische und kommunistische Presse ist selbstverständlich über den Ausgang der Kammerausprache aufgebracht. Sie spricht von einer Kapitulation vor den Generalen und wirbt für gemeinsame Massenkundgebungen. Daß Flardin einen kläglich, einen Pyrrhus-Sieg, davongetragen habe, ist dagegen die Ansicht der Rechtsblätter, die ihren Sturm-lauf gegen die Regierung fortsetzen, da diese einem Ultimatum der Radikalsozialisten nachgegeben habe, statt sofort die zweijährige Dienstzeit einzuführen. Zwar begrüßen die Blätter die einseitige Abstellung der Regierungserklärung auf die deutsche Aufrüstung, sie werfen aber dem Kabinett vor, daß es daraus nicht die einzig mögliche Schlussfolgerung gezogen habe. „Echo de Paris“ droht der Regierung mit dem Senat, der angeblich die Verlesung der Regierungserklärung mit eifrigem Schweigen aufgenommen habe. Aus den Betrachtungen der Presse gewinnt man jedenfalls den Eindruck, daß mit dem Vertrauensvotum für die Regierung die Frage der zweijährigen Dienstzeit nicht abgeschlossen ist, daß diese Frage vielmehr ihr Nachspiel im Lande haben werde und daß nach den Gemeindevahlen die Einbringung einer Gesetzesvorlage zu erwarten sei.

Im Spiegel der Berliner Presse

Berlin, 16. März. Sämtliche Berliner Blätter besprechen Flardins Kammerrede. Schon die Ueberschriften der Blätter charakterisieren diese Stellungnahme: „Frankreich verfehlt der Abrüstungspolitik den Todesstoß“ — „Frankreich Totengräber der Abrüstung“ — „Flardin Parole: „Schluß der Abrüstung“ — „Begründung der Abrüstungsidee“ — „Frankreich ignoriert den Abrüstungsgedanken“ und ähnlich überschreiben die Blätter ihre Berichte. Die „DZf.“ bezeichnet die Rede Flardins als ein schlechtes Beispiel für die Berliner Besprechungen mit dem englischen Außenminister über Abrüstung und Sicherheit, die von wesentlich anderen Grundfragen ausgehen sollten als die gegen Deutschland einseitig polemisierende Beweisführung Flardins. Flardin beweise noch nachträglich, wie berechtigt die Gründe für den Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerverband waren. In der „Berliner Börsenzeitung“ heißt es, die Wirkung der Rede, mit der Flardin die Forderung nach Erhöhung der Militärdienstzeit begründete, habe ungewissheit darüber gelitten, daß der Abgeordnete Blum die militärpolitischen Argumente des Ministerpräsidenten in ihrem wichtigsten Punkte korrigierte. Flardin hatte behauptet, in den Kasernen Frankreichs befänden sich jetzt 235 000 Mann. Blum hielt ihm entgegen, es seien 500 000. Diese Panne werfe kein gutes Licht auf die Zuverlässigkeit der Flardinischen Angaben. Für uns Deutsche biete die Rede eine ununterbrochene Kette von Möglichkeiten, Unvollständigheiten und Unzuverlässigkeiten festzustellen.

Stapellauf des Ostpreußen-Dampfers „Tannenberg“

Berlin, 16. März. Beim Stapellauf des dritten Schiffes für den Seedienst Ostpreußen, des Schnelldampfers „Tannenberg“, auf den Oderwerken Stettin wurde von Staatssekretär Koenigs die Weiberebe des verhinderten Reichsverkehrsministers Herrmann von Elly-Rübenach verlesen: Der heutige Stapellauf hat eine weitgehende Bedeutung. Hier wird durch die Kunst der Stettiner Werkleute ein Schiff gebaut, das einem Gedanken dienen soll. Es ist der Ostpreußen, der seit 800 Jahren im deutschen Volke glüht und den Adolf Hitler neu belebt und mit neuem Inhalt erfüllt hat. Der Führer hat uns gezeigt, daß auch der Osten Entwicklungsmöglichkeiten bietet. In friedlicher, ja freundschaftlicher Zusammenarbeit mit den Völkern, die guten Willens sind, wollen wir diesen noch jugendlichen Teil unseres Erdteils einer Zukunft entgegenführen. Das Schiff vor uns, noch auf der Helling, dient Ostpreußen. Wir sehen eine besondere Aufgabe des Seedienstes darin, die deutsche Jugend mit dem Osten bekanntzumachen und für die politische und wirtschaftliche Arbeit am Osten zu begeistern. Die Jugend soll das weite wartende Land sehen; ihr soll das Herz aufgehen bei der vielfältigen Schönheit der östlichen Landschaft. Ich erwarte von der Jugend, daß sie mit tiefem Verständnis die Zeugen der großen Vergangenheit betrachtet, daß in ihr die uralte Kultur der herrlichen deutschen Hansestadt Danzig Ehrfurcht erweckt und daß sie beim Anblick der ersten, planmäßig durchdachten Ordensburgen plastisch erkennt, daß dieser Ritterorden uns heute für unsere Lebensarbeit, für unsere Selbsterziehung zu zuchtvoller Haltung, zu Pflichttreue und Dienstbereitschaft unendlich viel zu sagen hat. Gleich den Ordensburgen ist ein anderes Bauwerk in aus deutscher Erde gebrannten Steinen ausgeführt: Das Denkmal, das an jener Stelle steht, an der zweimal um Ostpreußen gerungen worden ist. Einmal, am Ausgang des Mittelalters, wurde die Schlacht verloren. Wir dürfen aber mit Stolz sagen, sie wurde in Ehren verloren. Fast das ganze Ordensheer blieb auf der Wallstatt. In Ruhm und Ehren gewonnen wurde die zweite Schlacht, die unsterbliche Erinnerung noch gegenwärtig ist. An einem unbegreiflichen Tage des vorigen Jahres hat das deutsche Volk unter seinem Führer an dieser Stätte seinen greisen Heerführer zur letzten Ruhe gebettet. Nun wird dieses Denkmal ein Wallfahrtsort für das ganze deutsche Volk werden, und allen lebenden und kommenden Geschlechtern gilt der Mahnruf des Alten vom Preußenwalde: „Deutsche, seid einig“. So werden die Ostpreußenfahrten dem deutschen Volke zu tiefsten nationalen Erlebnissen werden. In diesem Sinne weise ich das Schiff dem Geiste des deutschen Ostens. Heil Hitler!

Der Schnelldampfer für den Seedienst Ostpreußen wird auf Grund der Erfahrungen mit den Motorschnellschiffen „Hansestadt Danzig“ und „Preußen“ gebaut, um die großen Fahrgastmengen, die seit der nationalsozialistischen Erhebung in den deutschen Osten strömen, in angemessener Form zu befördern. Das Schiff soll auf etwa 2000 Fahrgäste vermesen werden und — unter teilweiser Anrechnung auf diese Fahrgäste — bis zu 100 Kraftwagen (im fahrplanmäßigen Dienst wegen der Verladezeiten weniger) und bis zu 1000 Fahrräder tragen. In diesen Angaben kommt zum Ausdruck, daß der Reiseverkehr im deutschen Osten nicht nur ein Bleibe, sondern in der Hauptsache ein Rundreis- und Wanderverkehr ist. In Ostpreußen und Danzig mit dem angrenzenden Memelgebiet (Rurische Richtung) gibt es so unendlich viel zu sehen.

Einen neuen Dienstgrad wird man auf diesem Schiff finden, der bisher auf Seeschiffen wohl noch nicht gesehen ist: Es ist dies der Herbergsvater. Dieser — ein älterer, erfahrener Seemann — soll mit seiner Frau zusammen ähnlich wie die Herbergsväter in den Jugendherbergen an Land die Jungen und Mädel an Bord betreuen. Er ist für die Ordnung in den Jugendräumen besonders verantwortlich.

Staten und Südflamien

London, 16. März. Der „Times“-Vertreter in Belgrad nennt die Rede, die der neue italienische Gesandte in Belgrad, Graf Camillo, bei der Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens gehalten hat, als ein unerwartetes Ereignis. Der Gesandte hatte betont, daß Italien nur freundschaftliche Gefühle für Südflamien hege und nicht die Absicht habe, die frieliche Entwid-

lung des Landes und seine territoriale Unverletzlichkeit zu wahren. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ will wissen, daß der südländische Außenminister von Mussolini zu einem Besuch in Rom eingeladen worden sei. Diesen Besuch werde festlich wahrheitsgemäß im Mai machen. Die Ermordung des Königs Alexander, die die Gefahr eines Bündnisses mit dem kroatischen Separatismus offen gezeigt habe, ferner Mussolinis Ostereuropapolitik und die Januar-Besprechungen mit Kaval hatten die Wandlung in der Haltung Mussolinis zustande gebracht.

Riesiges Schiffsfeuer in Savannah

Savannah (Georgia), 16. März. In einer Chilealpeterladung auf dem Pier der Ocean Steamship Co. brach am Freitag ein Brand aus, der sich zu einem Großfeuer entwickelte und den Pier vollständig zerstörte. Das Feuer griff auch auf einen Frachtdampfer mit Salspeterladung sowie einen alten Personendampfer der Küstenschiffahrt über. Der Personendampfer wurde daraufhin von Schleppdampfern vom Pier fortgezogen und auf Strand gesetzt. Der gesamte Feuerwehrturm von Savannah gelang es erst nach zwei Stunden, das Riesenseuer zu löschen. Der Schaden wird auf über eine Million Dollar geschätzt.

Vorgehen gegen Raucherhändler in USA.

New York, 16. März. Der große Schlag, den das amerikanische Schatzamt gegen Raucherhändler, Falschmünzer und Alkoholschmuggler geführt hat, war ein großer Erfolg. Nahezu 12 000 Bundesagenten gelang es, 745 der Alkoholverhinterziehung Gezielte festzunehmen. Die Bundesagenten beschlagnahmten Schmuggelware im Werte von mehreren Millionen Dollar. Außer Kartofeln wurden Seidenstoffe, Teppiche, Motorboote und Lotterielose beschlagnahmt. In Baltimore allein konnte geschmuggeltes Gut im Werte von weit über einer Million Dollar beschlagnahmt werden. Diese größte Razzia verlief nicht ohne schwere Kämpfe; unter lebhaftem Kugelwechsel mußten sich die Polizisten behaupten und verhafteten im Laufe der Kämpfe zahlreiche Chinesen in Opiumhöhlen.

Die drei Rdt.-Schiffe in Lissabon

Lissabon, 16. März. Die drei Urlauberschiffe der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ — „Der Deutsche“, „St. Louis“ und „Ozeana“ — sind auf ihrer Fahrt nach Madeira in Lissabon eingetroffen. An Bord befinden sich bekanntlich 3000 Arbeitskameraden aus allen Teilen des Reiches. Ihnen wurde ein begeisterter Empfang durch die deutsche Kolonie bereitet, der durch herrliches Wetter begünstigt wurde. Die Urlauber wurden durch den Gesandten und den Landesgruppenleiter der NSDAP, herzlich willkommen geheißen. Wo sich Dr. Ley zeigt, wird er stürmisch begrüßt. Das Wetter war auf der ganzen Fahrt gut.

Flug des amerikanischen Roboter-Flugzeuges verschoben

New York, 16. März. Der Flug des Roboter-Flugzeuges von Oakland (Kalifornien) über den Pazifik nach Honolulu konnte noch nicht in Angriff genommen werden. Sobald die Wetterverhältnisse günstig sind, wird das automatisch bediente und drahtlos gesteuerte Roboter-Flugzeug der amerikanischen Militärflugzeugtruppe seinen Flug über den Stillen Ozean antreten. Der Flugleiter des Flugzeuges der Regierung erklärte, nachdem er in den letzten Tagen mehrere Probeflüge zur Erprobung des neuen Radiokompaßtyps unternahm, es sei unbestimmt, wann der große Transozeanflug unternommen werden könne. Es hänge dieser schwierige Flug von der Möglichkeit der Funkverbindung mit Schiffen auf hoher See und besonders von der Wetterlage ab.

Lokales

Wildbad, 17. März 1935.

Weitere Ausgabe von Ehrenkreuzen. Am Samstag den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, versammelten sich im Sitzungssaal des Rathauses 35 Angehörige von gefallen Frontkämpfern zur Entgegennahme der kurz vor dem Heldengedenktag eingegangenen Ehrenkreuze. In Vertretung des verhinderten Bürgermeisters sprach nach einer vorangegangenen Gefallenenehrung Stadtrat Pfau tiefempfundene und zu Herzen gehende Worte des Bedenkens an unsere toten und gefallen Kameraden. Seine Ausführungen waren so recht geeignet, den Boden zu bereiten für die innere Sammlung, mit der gerade die Angehörigen der Gefallenen am Heldengedenktag vor ihre auf dem Schlachtfeld gebliebenen Väter, Söhne, Gatten und Brüder treten werden. Nach ihm ergriff der Vorsitzende der NSDAP, Kamerad Wiber, das Wort. Auch seine Ausführungen beleuchteten so recht das Schwere Erleben der damaligen Zeit, und seine Mahnung, stets in Ehrfurcht unserer gefallen Helden zu gedenken, mag nicht zuletzt auch denen gegolten haben, die das grauenhafte Erleben dieser Zeit nicht aus eigener Erfahrung kennen. Nach der hierauf erfolgten Ehrung der Versammelten trug Stadtrat Pfau noch ein für den Heldengedenktag besonders geeignetes Gedicht vor. Seine Schlussworte gipfelten in dem Dank an unseren Führer, der den toten wie den lebenden Frontkämpfern ihre Ehre wiedergegeben habe. Mit einem „Sieg-Heil“ auf unser Vaterland und auf den Führer schloß die so würdig verlaufene Feier.

Ein ruhiger Sportsonntag. Das ununterbrochene schöne Wetter der letzten zwei Wochen hielt nicht an. Der Schneeschuhsportverehr wickelte sich in ruhiger Form ab, immerhin kamen über ein halbes Tausend Sportler von Pforzheim nach Wildbad, um auf den Wildbader Höhen ihr Glück zu suchen. Auf der Sommerbergebene bis Kaltenbrunn war Firnschnee, die Schifffahrt bis gegen das Wildseemoor war öfters unterbrochen und deshalb nicht ideal, aber es ging. Auf den Gipfeln um Kaltenbrunn war der Schnee etwas schwer, so daß die Bretter nicht in Fahrt kamen. Die Sonne brach hier zeitweise für ein paar Augenblicke durch, sonst war der Himmel bedeckt, man konnte nicht braunen und rösten und war deshalb keine übergroße Begeisterung vorhanden. Gr.

Württemberg

Das Gemeinderecht im nationalsozialistischen Staat

Stuttgart, 15. März. Die „Kommunale Woche“ der Württ. Verwaltungsakademie fand am Freitag unter zahlreicher Beteiligung der Verwaltungsbeamten aus dem ganzen Lande ihre Fortsetzung. Den ersten Vortrag hielt Direktor Schmidt, Vorstand der Württ. Prüfungsanstalt für Körperschaften über „Die Entwicklung des Gemeinderechts im nationalsozialistischen Staat“. Der nationalsozialistische Staat, so führte der Redner u. a. aus,

habe durch die Deutsche Gemeindeordnung die Selbstverwaltung auf ihren ursprünglichen Boden zurückgeführt, indem er neben der Eigenverantwortlichkeit für ihre Verwaltungstätigkeit den Gemeinden aufgab, im Einklang mit den Gesetzen und den Zielen der Staatsführung zu wirken und dieser Aufgabe entsprechend auch die verfassungsgerechten Organe einzurichten. Die württembergische Regierung habe durch die Juni-Gesetze 1933 schon sehr frühzeitig einen dem schwäbischen Volkscharakter angelegenen Übergang zur Deutschen Gemeindeordnung geschaffen, indem sie den Ortsvorsteher zum verantwortlichen Leiter der Gemeinde erhob und damit das Führerprinzip zur Geltung brachte, gleichzeitig aber der verantwortlichen Mitarbeit der Bürgerschaft feste Gestalt gab. Zur Erzielung einer einheitlichen Verwaltungsführung in dem Ortsbereich enthalte auch die Deutsche Gemeindeordnung die Verpflichtung der Gemeinden zur Durchführung staatlicher, sog. Auftragsangelegenheiten, die die Gemeinden auf ihre Kosten durchzuführen haben. Das Prinzip der Ehrenamtlichkeit sei in dem Aufbau der Gemeindeverwaltung sehr stark verankert und komme besonders in der Stellung des künftigen Ortsvorstehers zum Ausdruck. Bei Bürgermeistern und Beigeordneten in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern sei jedoch die Anpassung an die besonderen örtlichen Bedürfnisse zugestanden. Diese begründete Beweglichkeit der Deutschen Gemeindeordnung ermöglicht es, die besonderen württembergischen Verhältnisse zu berücksichtigen, in denen der ehrenamtliche Bürgermeister völlig unbekannt ist und der hauptamtliche Ortsvorsteher überwiegt. In Württemberg seien jeweils etwa 700 Ortsvorsteher nicht nur hauptamtlich bestellt, sondern auch als Verwaltungsbeamte fachlich vorgebildet. Wenn man auch von dem persönlichen Interesse des Sachbeamtenstandes absehen wolle, so sei doch in allgemeiner Hinsicht zu betonen, daß die ganze innere Staatsverwaltung und die Kommunalverwaltung in Württemberg auf ihren eigenartigen Typus von Verwaltungsbeamten abgestellt ist, und daß insbesondere auch die schwäbische Bevölkerung sich in weitem Umfange an den Sachortsvorsteher gewöhnt habe, an dessen Leistungen, namentlich in der Beistandspflicht, sie ganz andere Anforderungen stellt als in anderen Ländern. Die Amtszeit der Bürgermeister sei je nach ihrer hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Stellung verschieden; für die ersteren dauere sie zwölf, für die letzteren sechs Jahre. Nach württembergischer Erfahrung sei es besonders zu schätzen, daß hauptamtliche Bürgermeister nach zwölf Jahren bei Bewährung auf Lebenszeit ernannt werden können. Um von vornherein die Einordnung der Gemeinde in den Staat zu sichern und einen Einklang zwischen der NSDAP und der Führung der Gemeindeverwaltung zu erzielen, wird der Bürgermeister im wesentlichen durch das Zusammenwirken von Staat und Partei berufen. Die formale Ernennung des Bürgermeisters kommt der Gemeinde zu. Die bisherige dominierende Stellung des Gemeinderats wird durch die Deutsche Gemeindeordnung gebrochen. Künftig ist der Bürgermeister allein verantwortlicher Vertreter und Leiter der Gemeinde. Der Gemeinderat verfährt in der Form des Kollegiums, es werden nur noch einzelne Gemeinderäte berufen, die nicht mehr durch Bildung von Mehrheiten, sondern im einzelnen eigenverantwortlich den Bürgermeister zu beraten haben. Die Berufung der Gemeinderäte erfolgt jetzt durch den Beauftragten der NSDAP im Benehmen mit dem Bürgermeister. Die Staatsaufsicht hat die Aufgabe, die Gemeinden in ihren Rechten zu schützen und die Erfüllung ihrer Pflichten zu sichern.

Reichsberufswettbewerb

Stuttgart, 16. März. Im Gebiet Württemberg sind durchweg gute Beteiligungsziffern zum Reichsberufswettbewerb der deutschen Jugend festzustellen. So meldet eine Maschinenfabrik in Ehlingen hundertprozentige Beteiligung, Stuttgarts Röche und Kellner werden ebenfalls in voller Stärke zum Wettbewerb antreten. Besonders gute Ergebnisse liegen vor aus Gaildorf, Freudenstadt, Uetzingen, Riedlingen, Ravensburg, Weisingen, Göttingen und Reutlingen. Die Beteiligung der weiblichen Jugend ist ebenfalls als äußerst stark anzusprechen. Hier gibt es zum Teil Betriebe, bei denen die Teilnahme der weiblichen Jugend 99 Prozent, zum Teil sogar 100 Prozent beträgt. Bei der Gruppe Hausgehilfen wurde das Kontingent spielend erreicht, zum Teil um 100 Prozent überschritten. Die Eröffnungsgelände für den Reichsberufswettbewerb in Stuttgart fand am Samstag abend statt. Der Führer des Gebiets 20, Erich Sundermann, und Reichsplatthalter Murr sprachen zu der Stuttgarter Hitlerjugend, die anschließend zu dem Gepätmarsch abmarschierte.

Stuttgart, 16. März. (Ballontaufe.) Die Taufe der beiden neuen Freiballone, die dem Ballonsturm der Fliegerbrigade Stuttgart von den Deutschen Linoleum-Werken, Völkheim, und der Spinnerei Schachenmayr, Mann u. Cie., Salach, gestiftet wurden, erfolgt am Sonntag, 5. Mai, auf der Wolf Hittler-Rampfbahn. Neben der eigentlichen Taufhandlung erfolgt ein Aufmarsch sämtlicher Fliegerstürme. Außerdem ist u. a. ein Kinderballonwettbewerb vorgesehen.

Zeichenerziehung im Dienst des NSDAP. Auf Anregung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, und im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, wurden die Schüler im Zeichenerziehung in den letzten Monaten mit dem NSDAP beschäftigt. Die von den Kreisleitungen der NSDAP eingesandten besten Schülerzeichnungen werden nunmehr in einer Ausstellung der Öffentlichkeit gezeigt. Am Dienstag, den 19. ds. Mts. wird im Wilhelmshaus, Redarstraße 2, die Ausstellung „So steht die Jugend das NSDAP“ von Landesstellenleiter und stellv. Gauleiter Hg. Schmidt eröffnet.

Kaffeetage mit 60 Prozent Fahrpreisermäßigung. Die Reichsbahndirektion Stuttgart beabsichtigt, in diesem Jahr nach dem Vorgang anderer Reichsbahndirektionen als Keuerung sog. Kaffeetage auszuführen. Diese Züge fahren in der Regel Mittwoch nachmittags in die Umgebung Stuttgarts. Die Teilnehmer haben dabei Gelegenheit, außerhalb der Großstadt bei Kaffee und Kuchen, Musik und Tanz einige schöne, angenehme Stunden zu verleben. Die Kosten werden sehr bescheiden gehalten sein. Die Reichsbahn gewährt 60 Prozent Fahrpreisermäßigung. Der erste dieser Züge fährt am 3. April 19.30 Uhr von Stuttgart Hbf. nach Marbach. Fahrpreis hin und zurück 80 Pfg. Rückfahrt 19 Uhr ab Marbach. Ankunft in Stuttgart Hbf. 19.37 Uhr.

hen, Musik und Tanz einige schöne, angenehme Stunden zu verleben. Die Kosten werden sehr bescheiden gehalten sein. Die Reichsbahn gewährt 60 Prozent Fahrpreisermäßigung. Der erste dieser Züge fährt am 3. April 19.30 Uhr von Stuttgart Hbf. nach Marbach. Fahrpreis hin und zurück 80 Pfg. Rückfahrt 19 Uhr ab Marbach. Ankunft in Stuttgart Hbf. 19.37 Uhr.

Tübingen, 16. März. (Verurteilter Brandstifter.) Das Schwurgericht hat den 47 Jahre alten verurteilten Georg Hamann aus Martinsmoos Oß. Calw, der sein eigenes Anwesen in Brand gesteckt hatte, zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Neufra, Oß. Rottweil, 16. März. (Tödl. überfahren.) Ein 4 1/2 Jahre alter Knabe des Landwirts Karl Sauter wurde von einem Personenauto überfahren. Das schwerverletzte Kind wurde in das Kreiskrankenhaus übergeführt, wo es aber nach kurzer Zeit starb.

Tailfingen, Oß. Balingen, 16. März. (Vermiss.) Am Mittwoch nachmittag entfernte sich der von der Württ. Eisenbahngesellschaft hier stationierte Bahnwärter Horn ohne Mantel und ohne Geld von seiner Wohnung und seiner Dienststelle und ist nicht mehr zurückgekehrt. Da seine Geschäftsführung und sein Büro in Ordnung befunden wurde, wird vermutet, daß dem Vermissten ein Unglück zugefallen ist oder daß er einen Nervenzusammenbruch erlitten hat.

Untermarkt, Oß. Ehingen, 16. März. (Neue Generaloberin.) Bei dem Generalkapitel der Schwestern des hl. Vinzenz von Paul mußte eine neue Generaloberin gewählt werden, da die kirchliche Amtszeit von 12 Jahren für die bisherige Generaloberin Hilja König abgelaufen ist. Aus der Wahl ging als sechste Generaloberin der Kongregation hervor die Schwester Euphemia geb. Burger. Sie steht im 46. Jahre des Lebens und im 17. Jahre ihrer Profess und ist als bisherige Assistentin Schwester mit den Geschäften der Leitung vertraut.

Krankheitsstatistik. In der 9. Jahreswoche vom 24. Februar bis 2. März wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 35 (tödl. 1), Scharlach 96 (—), übertragbare Kinderlähmung 1 (—), Rindbettfieber 3 (—), Körnerkrankheit 1 (—), Tuberkulose der Atmungsorgane 10 (28).

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der neue Führer der SA-Gruppe Thüringen. Wie die NSR. meldet, wird mit Wirkung vom 13. März mit der Führung der SA-Gruppe Thüringen, anstelle des seinerzeit tödlich verunglückten Gruppenführers Junkel, Brigadeführer Günther-Gera beauftragt. Die feierliche Einföhrung findet, wie wir erfahren, am 22. März in Weimar durch den Chef des Stabes statt.

Der Bau des Adolf Hitler-Kooges. Seit einem Jahr und acht Monaten sind etwa 1500 Volksgenossen an der Westküste Schleswig-Holsteins mit dem Bau des neuen Adolf Hitler-Kooges beschäftigt. Es mußte ein Damm errichtet werden, um die geleistete Arbeit vor Springfluten zu schützen. Dann erst konnte man mit dem Bau des 10 Kilometer langen Deiches, der 1200 Hektar Siedlungsland umschließt, beginnen. Nunmehr ist auch die letzte Lücke ausgefüllt und der Koog hat sich geschlossen. Es werden hier Bauernhöfe von 60 bis 80 Morgen entstehen.

Kommunistische Verhörung in Szegedin. Der politischen Polizei von Szegedin ist es nach längeren Nachforschungen gelungen, eine geheime kommunistische Zellenorganisation auszuheben. Das Haupt der Verhörung ist der jüdische Chemie-Ingenieur Stephan Halmi.

Flugzeugabsturz in Ägypten. Ein Verkehrsflugzeug, das den Dienst nach Palästina versieht, stürzte etwa 10 Meilen östlich von El Arisch ab. Zwei Fluggäste wurden getötet, einer schwer und zwei leicht verletzt.

Segelboot auf eine Mine verlaufen. Am Freitag nachmittag lief ein Segelboot in der Bucht von Eleusis auf eine Mine, die im griechischen Bürgerkrieg ausgelegt worden war. Das Boot wurde völlig vernichtet. Die vier Insassen wurden getötet. Die Straken, die den Namen Benizelos tragen, werden in verschiedenen Städten umbenannt.

„Graf Zeppelin“ fährt wieder nach Südamerika. Die regelmäßigen Südamerika-Fahrten des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ werden am Samstag, 6. April, wieder aufgenommen werden. Die weiteren bis jetzt festgelegten Abfahrten folgen am 20. April, 4. und 15. Mai, 1. und 29. Juni. Die Rückfahrt des Luftschiffes von Rio de Janeiro wird jeweils an dem auf diese Abfahrtsstage folgenden Donnerstag angetreten.

Drei Brüder als Räuber. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, etwa 30 Kraftwagen Diebstähle, die in den letzten Wochen in Berlin erfolgt waren, aufzuklären. Bei den Tätern handelt es sich um drei Brüder, die auch auf offener Straße Überfälle auf Fußgänger ausführten. Bei einer Hausdurchsuchung bei dem verdächtigen Alfred Kleemann fand man u. a. eine Menge von Koffern, Federn und Kraftwagenzubehörsgegenständen. Dieser Fund ließ darauf schließen, daß Kleemann an Autodiebstählen beteiligt gewesen sein mußte.

Der Groß-Wartemberger Mörder von einem Förster erschossen. Der 23 Jahre alte Paul Kozjioł, der den Gendarmeriehauptwachmeister Reizig erschossen hatte und nach der Tat zunächst in Richtung auf die polnische Grenze geflüchtet war, ist später in dem Stradauer Wald bei Groß-Wartenberg umgeteilt. Dort wurde er von dem ihn verfolgenden Förster Großhke erndet. Als er auf den Förster anlegte, schoß ihn dieser auf etwa 30 Schritt Entfernung nieder. Kozjioł war sofort tot.

Verlagsgesellschaft und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt Wildbader Tagblatt, Wildbad, 1. Schwanenstraße (Geb. Th. Hof) Nr. 2, 35 750

Eine kleine Anzeige ist besser als keine Anzeige

Hausfrauenverein.

Am Dienstag, 19. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hotel „Kühler Brunnen“ ein lustiger hauswirtschastlicher Vortrag von Frau Bekler statt:

„Quellen der Freude und wie wir sie täglich neu erschließen“.

Für das Abschneiden von Schmitte sind Zeitungspapier und Schere mitzubringen.

Unkostenbeitrag für Nichtmitglieder 30 Pfg.

Talentsvoller Junge achtbarer Eltern kann in kaufmännische Lehre

(Lebensmittel-Branche) treten. Selbstgeschriebene Offerte unter J. K. Nr. 150 an die Tapblattgeschäftsstelle erbeten

Visitkarten Tagblattgeschäftsstelle.